

**Geschäftsführung
Umweltausschuss**

Es informiert Sie	Friedhelm Saßmannshausen
Telefon (0202)	563 5190
Fax (0202)	563 8050
E-Mail	friedhelm.sassmannshausen@stad t.wuppertal.de
Datum	25.07.03

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 09.07.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Guido Gehrenbeck ,

von der CDU-Fraktion

Frau Birgit Hetfleisch , Herr Johannes Huhn , Herr Egon Köhler , Herr Wolfgang Priem , Herr Volker Rösener ,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert , Herr Frank Lindgren , Herr Oliver-Siegfried Wagner ,

von der FDP-Fraktion

Herr Alexander Schmidt ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Ilona Schäfer ,

als sachkundige Einwohner

Herr Andreas Keller (Umweltverbände), Herr Martin Lücke (Umweltverbände, für F. Becker), Herr Fritz Ortmeier (Kleingärtner),

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer , Frau Cordula Brendel , Herr Peter Ehm (103), Herr Christian Gleim (GMW), Herr Norbert Lohmann (103), Herr Dirk Mücher (R 103), Herr Franz Pölking (103), Herr Erwin Rothgang , Herr Andreas Schmiedecke , Herr Albert Vosteen (103), Frau Anga Zehnpfennig (103), Herr Buschmann (103)

als Gäste:

Herr Wuttke (Vors. Landschaftsbeirat), Herr Schwarz (WSW), Herr Dr. Molitor (Regionale 2006),
Herr Lauersdorf (WSW), Herr Zak (WSW), Herr Leonhard (WSW) ,

Schriftführer

Herr Friedhelm Saßmannshausen ,

Nicht anwesend ist:

Herr Walde (101, entschuldigt)

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

I. **Öffentlicher Teil**

0 Genehmigung der Niederschrift - Umweltausschuss 14.05.03

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Genehmigung wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

1 Statusbericht "Lokale Agenda 21"

Herr Rothgang erläutert den aktuellen Status der Lokalen Agenda 21.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

2 Statusbericht "Lebensader Wupper"

Herr Schmiedecke entschuldigt **Herrn Walde** als Berichterstatter, da zu diesem Thema nichts Neues zu berichten sei.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**2.1 Änderungsantrag zur VO 1418/03
Vorlage: VO/1690/03**

Herr Rösener weist auf den bestehenden Klärungsbedarf hin und beantragt, auf die Behandlung der Drucksache zu verzichten.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Behandlung der Drucksache wird auf Antrag der CDU wegen des vorhandenen Klärungsbedarfs zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3 Schwerpunktthema "Klimaschutz und CO"-Minderung"

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

**3.1 Bericht von der Mitgliederversammlung des Internationalen Klimabündnis
16.-18.06.2003**

Frau Brendel berichtet über die Mitgliederversammlung des Internationalen Klimabündnis.

Anschließend bedankt sich **Herr Gehrenbeck** für den informativen Vortrag.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Umweltausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**3.2 Bericht aus der Arbeitsgruppe "Energie und Klimaschutz" der REGIONALE
2006**

Herr Dr. Molitor stellt in seinem Vortrag anhand einer CD-Rom-Bilddokumentation die Tätigkeitsfelder und Zwischenergebnisse sowie die weiteren Arbeitsschritte der Arbeitsgruppe „Energie und Klimaschutz“ dar. Die Ausschussmitglieder danken **Herrn Dr. Molitor** für seine Ausführungen.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Umweltausschuss nimmt den Vortrag von **Herrn Dr. Molitor** zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**3.3 Handlungskonzept zur energetischen Nutzung von holzartiger Biomasse im
Bergischen Städtedreieck"
Vorstellung der Studie, Empfehlungen zur Umsetzung**

Herr Schwarz, WSW, berichtet in seinem Vortrag über die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten und Voraussetzungen zur effektiven Nutzung holzartiger Biomasse. Dabei spricht er insbesondere das von den WSW geplante Pilotprojekt an.

Anschließend diskutiert der Umweltausschuss über die in Wuppertal denkbaren weiteren Umsetzungsschritte.

Herr Buschmann wird um Auskunft gebeten und stellt in einer Sitzungspause dar, dass auf absehbare Zeit, auch noch in zehn Jahren, keine Schwierigkeiten bei der Holzversorgung zu erwarten sind.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Umweltausschuss nimmt den Bericht von **Herrn Schwarz**, WSW, zur

energetischen Nutzung von holzartiger Biomasse im Bergischen Städtedreieck zur Kenntnis und dankt für den informativen Vortrag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3.4 Holz hackschnitzelheizung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.03
Vorlage: VO/1752/03

Es besteht Einvernehmen, die Holz hackschnitzelheizung in Wuppertal zu fördern und Projekte hierzu umzusetzen. Der Umweltausschuss diskutiert verschiedene Änderungsvorschläge des Beschlussvorschlages mit der Zielsetzung, die praktische Umsetzung solcher Projekte zu fördern. Im Ergebnis bleibt der Beschlussvorschlag unverändert.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal wird beauftragt, ein geeignetes städtisches Gebäude mit einer Holz hackschnitzelheizung auszustatten. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, in Gespräche mit geeigneten Betreibern, auch Landwirten, einzutreten, mit dem Ziel, einen Holzenergiehof in Wuppertal zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3.5 Modernisierung des Heizkraftwerkes Barmen

Herr Leonhard, WSW, berichtet über den aktuellen Sachstand zur Modernisierung des Heizkraftwerkes Barmen und die damit verbundenen, positiven Wirkungen. Er bietet an, zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu diesem Thema zu berichten. Die Ausführungen werden erfreut aufgenommen und kurz diskutiert.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Umweltausschuss nimmt den Bericht über die Modernisierung des Heizkraftwerkes Barmen zur Kenntnis und dankt **Herrn Leonhard** für die informativen Ausführungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3.6 Aktualisierung des Energieeffizienzprogramms für die Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/1761/03

Frau Brendel erläutert die Notwendigkeit zur Aktualisierung des Energieeffizienzprogrammes für die Stadt Wuppertal mit seinen verschiedenen Handlungsfeldern und Schwerpunkten.

Hieran schließt sich eine kurze Diskussion des Umweltausschusses mit verschiedenen Ergänzungsfragen an, auf die auch **Herr Schwarz**, WSW, kurz eingeht.

Das Handlungsfeld „Mobilität“ fällt nach Auffassung des Umweltausschusses auch in die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Aktualisierung des Energieeffizienzprogrammes für die Stadt Wuppertal wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
Die Drucksache wird zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

4 Regionaler Grünzug Endringhausen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.05.03
Vorlage: VO/1478/03

Der Umweltausschuss vermisst **Herrn Walde** als Berichterstatter und zeigt sich enttäuscht und verärgert, dass die Stellungnahme der Verwaltung noch immer nicht vorliegt.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Umweltausschuss bekräftigt seinen Beschluss und besteht auf der umgehenden Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

5 "Clever mobil und fit zur Arbeit"
Antrag der SPD-Fraktion vom 23.06.03
Vorlage: VO/1717/03

Der Umweltausschuss diskutiert über den Beschlussvorschlag und hält mehrheitlich die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses für gegeben.
Es wird angeregt, dass die Verwaltung zuvor die nachhaltige Umsetzbarkeit der hiermit verbundenen Zielsetzungen prüfen soll.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Verwaltung wird beauftragt, die nachhaltige Umsetzbarkeit zu prüfen.
Die Drucksache wird zur Beratung an den Verkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit.

6 Schadstoffkataster
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.03
Vorlage: VO/1656/03

Es besteht Einvernehmen, entsprechend dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu entscheiden.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Ausschuss bis zum 24. September 2003 ein aktualisiertes Schadstoffkataster vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

7

Strategische Steuerung

Vorlage: VO/1330/03

In der Diskussion des Umweltausschusses wird deutlich, dass Soll-Indikatoren sowie Handlungs- und Maßnahmenfelder noch nicht hinreichend definiert sind. Vor dem beabsichtigten Grundsatzbeschluss sollten deshalb entsprechende Ergänzungen vorgenommen werden.

Außerdem sei ein Grundsatzbeschluss unter diesen Bedingungen nicht mehr vor der Sommerpause möglich, so dass der Beschlussvorschlag geändert werden müsse.

Im Zusammenhang mit der strategischen Steuerung zeigen sich verschiedene Ausschussmitglieder erstaunt über die fortgeschrittene Entwicklung der Vorbereitungen zur Aufgliederung des Ressorts 103 und die bereits erfolgte Unterrichtung der hiervon betroffenen Mitarbeiter. **Herr Bayer** erläutert ausführlich die Hintergründe dieser Entwicklung und das gewählte Verfahren. Er macht auch deutlich, dass es sich hier um eine verwaltungsinterne Organisationsfrage handelt und stellt heraus, dass eine abschließende Entscheidung des VV hierzu noch aussteht.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Umweltausschuss nimmt den Zwischenbericht zur strategischen Steuerung der Stadt zur Kenntnis und beschließt, vor dem Grundsatzbeschluss zum System strategischer Steuerung

- Soll-Indikatoren zu definieren und zu benennen
- Handlungs- und Maßnahmenfelder einzuarbeiten
- Die vom Rat am 17.10.02 vorgesehenen Schwerpunktprojekte der Agenda 21 in das in das Managementprogramm zu integrieren

Zu Ziffer 2 – Auftrag an die Verwaltung zur Unterbreitung eines Grundsatzbeschlusses – wird beschlossen, die Worte „noch vor der Sommerpause“ in „baldmöglichst“ zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

8

Stadtentwässerung - Maßnahmenkatalog 2004/2005 der WSW AG

Vorlage: VO/1525/03

Über den Maßnahmenkatalog wird ohne weitere Diskussion abgestimmt.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

1. Der Umweltausschuss stimmt dem Maßnahmenkatalog der WSW AG für das Jahr 2004 zu.
2. Der Umweltausschuss nimmt den 1. Entwurf des Maßnahmenkatalogs für das Jahr 2005 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

9 Flora-Fauna-Habitat Gelpe
Vorlage: VO/1676/03

Über den Beschlussvorschlag wird ohne Diskussion abgestimmt.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Vorbehaltlich der Voten der BV Barmen und Elberfeld wird empfohlen, folgendermaßen zu beschließen:

Die Offenlegung des zu ändernden Landschaftsplanes Wuppertal Gelpe für den südlichen unbesiedelten Bereich des Stadtgebietes, begrenzt im Westen durch den Stadtteil Cronenberg, im Norden durch die Stadtteile Elberfeld und Barmen, im Osten durch den Stadtteil Ronsdorf und im Süden durch die Stadtgrenze zu Remscheid wird gem. § 27(1) und § 29 (1) Landschaftsgesetz Nordrhein Westfalen (LG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.00 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

10 Flora-Fauna-Habitat - Umsetzung im Landschaftsplan Ost
Vorlage: VO/1682/03

Über den Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache abgestimmt.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Die Offenlage des zu ändernden Landschaftsplanes Wuppertal Ost für den östlichen unbesiedelten Bereich des Stadtgebietes, wird gem. § 27 (c) Landschaftsgesetz Nordrhein Westfalen (LG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000, in der derzeit gültigen Fassung beschlossen.

Der Landschaftsplan wird begrenzt durch die Stadtgrenze der Stadt Schwelm, Stadt Ennepetal (Ennepe – Ruhr - Kreis), der Stadt Radevormwald (Oberbergischer Kreis), der Stadt Remscheid einschließlich der Ronsdorfer Anlagen/Disseltal, durch den rückwärtigen Bereich des Kasernengeländes und der Kleingartenanlage Scharpenacker Weg, Adolf – Vorwerk - Strasse, nördlich des besiedelten Bereiches der Zierschstraße, Oberer Böhler Weg, Lichtscheider Straße/Ronsdorfer Straße, nördlich des bebauten Bereiches der Straßen Am Freudenberg/Waldschlösschen, der Strassen am Sandhof/ Kronprinzenallee(Friedenshöhe) im Norden durch die bebauten Bereiche der Stadtteile Barmen, Heckinghausen und Langerfeld.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Überarbeitung des Änderungsentwurfs des Landschaftsplanes Ost die öffentliche Auslegung gem. § 27c LG NRW des Landschaftsplanes Ost durchzuführen.

Die hierbei vorzubringenden Bedenken und Anregungen werden auf die Änderungen des Landschaftsplanes beschränkt.

Dies sind im Einzelnen:

- die neuen Naturschutzgebiete in der Wupperaue
- die textlichen Ergänzungen zum Naturschutzgebiet Marscheider Bachtal
- die Aufnahme des Naturschutzgebietes Mittelabschnitt Marscheider Bach (Fischteiche) in den Geltungsbereich des Landschaftsplanes Ost
- die Festsetzung der Freiflächen des Standortübungsplatzes Scharpenacken als Landschaftsschutzgebiet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

11 Entgegennahmen ohne Beschluss

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

11.1 Bericht über die Luftqualität (2001 - 2002)

Vorlage: VO/1661/03

Zu Beginn der Diskussion wird bemängelt, dass in den aufgeführten Tabellen teilweise „m3“ und „m2“ verwechselt worden sind. Die Drucksache lässt offen, welche Konsequenzen sich ggf. aus der Nichteinhaltung verbindlicher Grenzwerte ergeben. Diese Frage soll in der Sitzungsniederschrift beantwortet werden.

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Ist absehbar, dass an einem oder mehreren Standorten im Stadtgebiet die Grenzwerte des novellierten BImSchG ab 2010 nicht eingehalten werden, wird das Land NRW unter der Federführung des Landesumweltamtes ein Arbeitskreis (Steuerungsgruppe) einsetzen. Dieser Arbeitskreis hat das Ziel, Maßnahmenpläne - auch genannt die „Luftreinhaltepläne der neuen Generation“ - nach Artikel 8 der Richtlinie 96/92 EG aufzustellen. Durch die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Schadstoffbelastung ab 2010 unterhalb der Grenzwerte liegt.

In dieser Arbeitsgruppe wird neben dem Landesumweltamt auch das staatliche Umweltamt, die Bezirksregierung, verschiedene Fachstellen der Stadtverwaltung Wuppertal (101,103, 104 usw.) sowie auch Vertreter der Obersten Landesbehörden (MUNLV, MWMEV, MSWKS) beteiligt sein. Des weiteren können - neben der örtlich zuständigen IHK - auch gebietsbezogene und / oder problembezogene Institutionen hinzugezogen werden.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Bericht über die Luftqualität (Heft 5 / 2002 - 2002) wird zur Kenntnis genommen.

In der Sitzungsniederschrift des Umweltausschusses soll dargestellt werden, welche Konsequenzen sich ggf. aus der Nichteinhaltung verbindlich vorgegebener Grenzwerte ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

11.2 Entwurf des Abfallwirtschaftsplans (AWP) für den Regierungsbezirk Düsseldorf
Vorlage: VO/1702/03

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Entgegennahme ohne Beschluss.

11.3 Jahresbericht der Biologischen Station Mittlere Wwupper 2002
Vorlage: VO/1740/03

Herr Wagner stellt heraus, dass der vergleichsweise geringe Umfang des neuen Berichtes als Beitrag zur Ressourcenschonung zu begrüßen sei.

Entgegennahme ohne Beschluss.

11.4 Müllennium - Müllvermeidung an Schulen
Vorlage: VO/1744/03

Mit Bezug auf die Tabelle spricht **Herr Rösener** die Differenzen der Pro-Kopf-Werte in den verschiedenen Schulformen als auffällig an. Die Fachverwaltung solle hierzu um nähere Angaben gebeten werden, damit die Gründe klar werden. **Herr Schmidt** würde es begrüßen, wenn die eingesparten Mittel den jeweiligen Schulen zugute kämen. Die entsprechenden Erläuterungen sollen in die Sitzungsniederschrift aufgenommen werden.

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Zur Tabelle auf Seite 2 der Drucksache - Vergleich der Behältervolumina und Entsorgungskosten der versch. Schulsysteme:

- a) Die Gesamtmengen sowie die jeweiligen Kosten wurden durch die Schülerzahl an den jeweiligen Schulformen dividiert, so dass sich unterschiedliche Beträge ergeben; nicht schlüssig ist der Vergleich der Ergebnisse Schulzentren / Gymnasien.
- b) Die größeren Schulen haben meist Turnhallen, die außerhalb der Unterrichtszeiten von Vereinen genutzt werden, außerdem finden in den größeren Schulen häufig außerschulische Veranstaltungen statt.
- c) Eine Reihe von Schulhöfen sind frei zugänglich, die Unterbringung von Abfall-Containern in verschlossenen Räumen ist oft nicht möglich. Die Entsorgung von Abfällen durch Anwohner ist nicht selten.

Zur Weitergabe der eingesparten Mittel an die Schulen:

Wie auch aus der am 21.07.03 erfolgten Pressemitteilung ersichtlich, werden die bei der Abfallentsorgung erzielten Einsparungen zu 50 % an die Schulen weitergeleitet; dort werden sie ausschließlich zur Beratung und Unterstützung eingesetzt, um das Projekt an möglichst vielen Schulen aufzubauen und dauerhaft zu integrieren.

Beschluss des Umweltausschusses vom 09.07.2003:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird gebeten, in der Sitzungsniederschrift die unterschiedlichen Müllkosten der verschiedenen Schulformen und die Verwendung der eingesparten Mittel zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

11.5 Wildgehege Ehrenberg
Vorlage: VO/1675/03

Entgegennahme ohne Beschluss.

11.6 Fragestunde des Rates vom 02.06.2003
Vorlage: VO/1716/03

Entgegennahme ohne Beschluss.

12 Mitteilungen, Fragen und Anregungen

- entfällt -

Stv Gehrenbeck
(Vorsitzender)

Saßmannshausen
(Schriftführer)

Bericht	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 101 - Stadtentwicklung und Stadtplanung
	Bearbeiter/in	Volker Knippschild
	Telefon (0202)	563 5715
	Fax (0202)	563 8493
	E-Mail	volker.knippschild@stadt.wupperta l.de
	Datum:	03.07.2003
	Drucks.-Nr.:	VO/1788/03 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
09.07.2003	Umweltausschuss	Entgegennahme o. B.
Regionaler Grünzug Endringhausen - Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Drucksache Nr. VO/1478/03)		

Grund der Vorlage

Beschluss des Umweltausschusses vom 14.05.2003 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Drucksache Nr. VO/1478/03)

Beschlussvorschlag

ohne

Einverständnisse
keine

Unterschrift

Uebrick

Begründung

Der Umweltausschuss hat die Verwaltung mit Beschluss in der Sitzung am 14.05.2003 um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Liegt der Verwaltung ein Antrag auf Änderung des Gebietsentwicklungsplanes aus Remscheid vor, der begehrt, den regionalen Grünzug Endringhausen (GEP 99, L 4708 Wuppertal) aus dem

GEP herauszunehmen?

Antwort:

Nein, der Stadt Wuppertal liegt kein entsprechender Antrag vor. Die Bezirksregierung Düsseldorf ist zuständig für die Durchführung von Gebietsentwicklungsplanänderungen. Falls die Bezirksregierung Düsseldorf das GEP-Änderungsverfahren auf Antrag der Stadt Remscheid einleitet, wird die Stadt Wuppertal als betroffene Nachbargemeinde beteiligt und kann eine Stellungnahme abgeben.

2. Wenn dies der Fall ist: wie bewertet die Verwaltung diesen Antrag?

Antwort:

Die Stadt Wuppertal wurde zwar noch nicht im Rahmen eines GEP-Änderungsverfahrens beteiligt, doch hat bereits die Anhörung der Nachbargemeinden zum Bebauungsplan Nr. 533 – Blume , Felder Höhe, Endringhausen – der Stadt Remscheid stattgefunden. Im Rahmen dieses Verfahrens hat die Stadt Wuppertal keine grundsätzlichen Bedenken erhoben s. Anlage).

3. Wie gedenkt die Verwaltung auf diesen Antrag zu reagieren?

Antwort:

Entsprechend der beigefügten Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum o. a. Bebauungsplan würden auch bei einer Anhörung im Rahmen eines GEP-Änderungsverfahrens keine grundsätzlichen Bedenken erhoben, weil die Belange der Stadt Wuppertal hinsichtlich des regionalen Grünzuges nicht berührt sind.

Kosten und Finanzierung

keine

Zeitplan

entfällt

Anlagen

Stellungnahme der Stadt Wuppertal vom 15.04.2003 im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Nr. 533 der Stadt Remscheid

Anhörung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) / Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 (2) BauGB
hier: Bebauungsplan Nr. 533 -Blume, Felder Höhe, Endringshausen-

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten auf unsere Stellungnahme vom 17.10.2002 an die Landesentwicklungsgesellschaft hinweisen, die im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen – Trägerbeteiligung gemäß § 139 BauGB eingebracht wurde.

Danach handelte es sich bei dem o.a. Bauleitplanverfahren um eine geplante Gewerbeflächengröße von insgesamt ca. 45 ha (+- 10 %) die in zeitlich versetzt in zwei Stufen realisiert werden sollen. Der erste Teil würde in ca. 5 Jahren realisiert, der Zeitpunkt der zweiten Realisierungsphase stünde noch nicht fest. Eine Bürgerbeteiligung ist bereits erfolgt.

Die Stadt Wuppertal sieht in der Ausweisung von Gewerbeflächen ein Ziel führendes Instrumentarium zur nachhaltigen Stärkung der wirtschaftlichen Gesamtsituation der drei bergischen Großstädte. Die zurückhaltende Ausweisungspolitik in der Vergangenheit hat sowohl in Remscheid, als auch in Solingen und Wuppertal zu einem eklatanten Angebotsdefizit geführt. Die Stadt Wuppertal wertet die Planung des Gewerbegebietes Blume daher als einen Ansatz der Stadt Remscheid zur Überwindung des gewerblichen Flächenengpasses und erhebt dagegen keine grundsätzlichen Einwände.

Folgende Punkte sind aus Sicht der Stadt Wuppertal im Rahmen der Gewerbeflächenentwicklung jedoch zu beachten:

- Das geplante Gewerbegebiet Blume umfasst eine Größenordnung, die geeignet ist, Einfluss auch auf die Marktentwicklung für Gewerbeflächen auch in Wuppertal auszuüben. Um eine bedarfsgerechte Angebotsentwicklung sicherzustellen, sollte die Verfügbarmachung nicht in einem Schritt, sondern phasenweise dem jeweils aktuellen Bedarf entsprechend, erfolgen.
- Im Sinne einer behutsamen Flächeninanspruchnahme muss gewährleistet sein, dass die Wiedernutzung von Brachflächen und die Neuausweisung in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen und zuvor alle Möglichkeiten des Flächenrecyclings im Innenbereich ausgeschöpft wurden.
- Aufgrund der räumlichen Nähe zum Wuppertaler Stadtgebiet und den sich intensivierenden funktionalen Beziehungen in der Region insbesondere im Bereich des Einzelhandels muss gewährleistet sein, dass die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsanbieter ausgeschlossen bleibt.

Die Ausweisung des Gewerbegebietes Blume, Felder Höhe, Endringshausen kann den von der Stadt Remscheid angestrebten strukturellen Effekt nur dann entfalten, wenn sie mit einer systematischen Vermarktungsstrategie verbunden wird, die die Hochwertigkeit der betrieblichen Zusammensetzung und ihre inhaltliche Einbindung in die regionalwirtschaftliche Gesamtstrategie sicherstellt. Im Sinne der bereits praktizierten und weiter auszubauenden regionalen Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschaftspolitik, begrüßt die Stadt Wuppertal daher jede Form der interkommunalen Abstimmung in Fragen der Vermarktung sowie der strukturellen Zielsetzung. Ein solches Vorgehen kann dazu beitragen, dass das theoretische Risiko einer Konkurrenzsituation zwischen Wuppertaler und Remscheider Gewerbeflächen nicht nur vermieden wird, sondern in eine gegenseitige Unterstützung umgekehrt werden kann. Der wirtschaftsstrukturelle Nutzen ließe sich auf diese Weise sowohl für die Stadt Remscheid, als auch für die gesamte Region erheblich steigern.

Für entsprechende Gespräche steht Ihnen Herr Middeldorf, Tel.-Nr.: 0202/563-5816 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Walde